

Debattenbeitrag für die Beratung der Bundesarbeitsgemeinschaft „Linke Wirtschaftspolitik“ am 16. April 2016

Werte Anwesende,

Die Linke hat eine Materialsammlung, die sich sehen lassen kann. Programm der Partei, Zukunftswoche 2015, Aprilthesen 2015, Wahlprogramme in Berlin mit über 60 Seiten, Wahlanalysen, Materialien der Rosa-Luxemburg Stiftung ect. Von den Büchern, die Linkspolitiker in den vergangenen Jahren geschrieben haben, ganz zu schweigen. Überall dort wird die Welt, wird der Kapitalismus beschrieben – manchmal ähnlich, manchmal konträr – und mit Lösungsansätzen, die von ihrer Praktikabilität nicht oder zu wenig hinterfragt werden. (Meiner Meinung nach) Viel wichtiger erscheint mir deshalb die Frage, inwieweit diese Materialien die Partei in der Gesellschaft zukunftsfähiger, annehmbarer, verständlicher oder besser gesagt wählbarer gemacht haben. Ihre gegenwärtige Bedeutung bzw. Rolle in der Gesellschaft zeigt m.E. keine Aufwärtsentwicklung.

Die derzeitige Situation der Linken nach den Landtagswahlen hat eine längst überfällige Debatte über den Gebrauchswert der Partei auf den Plan gerufen.

Insofern steht auch die Frage inwieweit die Diskussionen über eine linke Wirtschaftspolitik z.B. in dieser AG zu einem Zuwachs an Gebrauchswert der Partei beitragen bzw. beigetragen haben. Das kann ich natürlich nicht beurteilen, aber generell sollten sich die Strukturen bzw. Zusammenschlüsse ect. in der Partei die Frage nach ihrer Wirksamkeit und den Möglichkeiten, die Politik der Partei insgesamt durch fundiertes Analysematerial und ableitende Schlussfolgerungen, im Handeln zu unterstützen, stellen.

Wenn wir nun diese Debatte aus der Sicht des linksnahen und gemeinwohlorientierten Unternehmerverbandes OWUS mit beeinflussen wollen, dann möchten wir dazu folgende Ausgangspunkte hervorheben:

- I. Politikstil
- II. Soziale Absicherung
- III. Soziales Unternehmertum

Zum Politikstil

Will die Linke wieder mehr Zuspruch unter der Bevölkerung erreichen, muss sie sich zunächst die Frage stellen, in welchen Schichten der Bevölkerung sie eigentlich verankert ist.

Hier stellen wir als Verband fest, dass sie bei den 3,3 Mio. KMU und den 4,2 Mio. Selbstständigen/Soloselbstständigen sowie Freiberuflern bisher kaum Gehör gefunden hat.

Stellt sich die Frage: Warum? Wollte sie es nicht oder berührten die Themen der Linkspartei diesen, nicht unerheblichen Anteil der Erwerbstätigen, denn dazu zählen sie, nicht oder nur marginal.

Natürlich wissen wir, dass im Kleinunternehmertum keine „Sozialismuseuphorie“ herrscht und die Linkspartei als die „Enteignungspartei“ betrachtet – aus der Geschichte heraus, nach wie vor und medial unterstützt, als Nachfolgepartei der SED gesehen wird und somit Skepsis herrscht, wenn die Linke durchaus vernünftige Vorschläge für Kleinunternehmer unterbreitet. Hinzu kommt, dass es nach wie vor starke Ressentiments innerhalb der Partei gegenüber dem Unternehmertum gibt und die marxistische Ausbeutungstheorie völlig undifferenziert angewandt wird. Ein Satz im Parteiprogramm, über das gewollte Kleinunternehmertum in einem „zukünftigen demokratischen Sozialismus“ scheint wenig überzeugend.

Die Linke hat unzureichende Kenntnisse über die tatsächliche Lage vieler Kleinunternehmer und Selbstständige. Sie spricht zwar von einer sich ständigen Veränderung der Arbeitswelt, spricht von Industrie 4.0, aber betrachtet hier sehr einseitig nur die Flanke der Arbeitnehmer. Das sich in den vergangenen Jahrzehnten gleichermaßen auch die Arbeitsbedingungen des Kleinunternehmertums verschlechtert haben, wird nur ungenügend zur Kenntnis genommen. Der enorme Zuwachs an Selbstständigen nach der Agenda 2010, dem Outsourcing großer Unternehmen und Konzerne, der rasante Zuwachs an Selbstständigen im Dienstleistungsbereich wird zwar erkannt, geht aber nicht einher mit einer stärkeren Zuwendung der Partei an das kleine Unternehmertum. Allerdings hat sich seit 2013 in der Partei diesbezüglich etwas bewegt - so mit der Erklärung der Fraktion von Hannover zur sozialen Absicherung der KMU, der Anstoß einer Debatte zum

Mindesthonorar für Soloselbstständige – die wir sehr begrüßt haben. Sie wird auch der Linken helfen, zu erkennen, dass bei den Selbstständigen die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Ein weiterer Aspekt wäre zu nennen.

Wir stellen immer wieder fest, dass, vor allem aus ideologischen Gründen, die Leistungen der kleinen und mittleren Unternehmen in unserer Gesellschaft, durch die Partei nicht oder kaum öffentlich anerkannt werden. Das mag für diesen oder jenen Funktionsträger der Partei unzutreffend sein, ist aber in der Mehrzahl anzutreffen. Eine grundsätzliche Diskussion ist dazu in der Partei unumgänglich. „Gute Wirtschaftspolitik muss immer beide Seiten im Blick haben: diejenigen, die Wertschöpfung organisieren und diejenigen, die sie erbringen“ (Flyer der Linkspartei Wahlen Sachsen) Wobei hier gesagt werden muss, dass z.B. auf Länderebene die Notwendigkeit einer stärkeren Zuwendung zum Kleinunternehmertum breiter ausgeprägt ist. Davon zeugt auch das oben erwähnte Wahlmaterial aus Sachsen, indem eine zunehmende Aufmerksamkeit auf das kleinteilige Unternehmertum und deren Rahmenbedingungen breiten Raum einnahm. Zustimmende Ansätze gibt es auch im Wahlpaket der Linken in Berlin für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus. Mehr Bürgergespräche der Funktionsträger der Partei mit Selbstständigen und kleinen Unternehmen, nicht nur vor Wahlen, sondern als festen Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit, sind dringend erforderlich. Übrigens haben wir diesen Aspekt, einer möglichen und notwendigen Bündnispolitik der Linken mit dem Kleinunternehmertum, in unserer Broschüre, auch aus historischer DDR-Sicht, beleuchtet und mit Vorschlägen untersetzt.

Soziale Absicherung

In den Anfangsjahren hatten wir im Verband fast ausschließlich damit zu tun, den Start der vielen oftmals zwangsläufig gegründeten Unternehmen im Osten Deutschland mit Beratung auf betriebswirtschaftlicher, juristischer und steuerrechtlichen Ebene, zu unterstützen. Es ging nicht nur um Neugründungen, sondern auch darum, den Erhalt der Bestehenden zu sichern. Bei vielen Firmen im Verband hingen Arbeitsplätze dran, also wichtige soziale Fragen. Je mehr wir in den Anfangsjahren diesen Prozess in den Unternehmen versuchten zu begleiten, desto mehr stellte sich nach 2000 heraus, dass die Fragen der eigenen Lebensbedingungen der Selbstständigen/

Soloselbstständigen, vor allem der umfassenden sozialen Absicherung – also Krankenversicherung und Altersabsicherung – immer mehr in den Blickpunkt unserer Arbeit rückten. Deshalb geht unsere zweite Forderung an die Partei:

Eine konsequente Einbindung der Selbstständigen/Soloselbstständigen in die sozialen Sicherungssysteme der Gesellschaft, mit bezahlbaren bzw. den Bedingungen angepassten Beiträgen, wäre für uns ein wichtiges Merkmal linker Wirtschaftspolitik. (Einfügen - Eine Bürgerversicherung, die seit Jahren diskutiert wird und in der auch Selbstständige einzahlen, würde von vielen Unternehmern unterstützt werden. Nur, es verunsichert den Unternehmer, wenn dann vom MdB Halina Wawzyniak, diese Bürgerversicherung als veraltetes Modell angesehen wird, obwohl es dieses Modell noch nicht einmal gibt). Die Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an den strukturellen Wandel in der Arbeitswelt ist überfällig. Gelingt dieser Wandel, werden hohe finanzielle Belastungen der Gesellschaft vermieden und sozialpolitische Ziele erreicht. Das Rententhema wird nun mittlerweile nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von der CSU zum Wahlkampfthema 2017 gemacht. Die Linke muss aufpassen, dass man ihr nicht die soziale Kompetenz stiehlt.

Soziales Unternehmertum

In unserem Verband hat in den vergangenen Jahren ebenso eine Diskussion über die Reformierbarkeit des Kapitalismus stattgefunden, wie sie in den Strukturen der Partei sicher noch nicht beendet ist. Am Anfang der Diskussion stand 1994 zur Gründung von OWUS die Frage, ob wir, als linke Unternehmer, den marktwirtschaftlichen Abläufen etwas entgegenzusetzen haben. Wir stellten unsere Arbeit unter das Motto „Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung“. Damit haben wir begonnen, sicher nicht nur wir, eine Antwort auf die „Ökonomisierung der Politik“ (Geißler) zu geben.

Wenn wir von der Reformierbarkeit des Kapitalismus von innen heraus überzeugt sind, dann muss linke Wirtschaftspolitik, als Alternative zum Neoliberalismus, die Machbarkeit im „Heute“ aufzeigen. Dazu zählt für uns die Gemeinwohlökonomie, als nachhaltiges Wirtschaftsmodell für den sozialen Zusammenhalt. Die Linke ist gut beraten, wenn sie sich öffentlich zu einem sich stärker entwickelnden sozialen Unternehmertum bekennt. Immerhin haben sich 1.700 Unternehmen der Zielsetzung der GWÖ bisher angeschlossen. In

unserem Verband haben 6 Unternehmen eine Gemeinwohlbilanz erarbeitet. Im Dezember 2015 hat sich der europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss des EU Parlaments mit der GWÖ befasst und breite Zustimmung erlangt. Ein notwendiger Wandel in Richtung ethischer Marktwirtschaft wird aufgezeigt. Gleichzeitig kann und muss man deutlich machen, dass es auch einen Trend der „Politisierung der Ökonomie“ gibt. Soziales Unternehmertum, globalisierungskritische Bewegungen, verstärkte Klimadebatten, um nur einiges zu nennen, sind Ansätze die zeigen, dass man die Wirtschaft an Werte binden muss und wir nicht zusehen dürfen, wie die Gesetze des Marktes alles bestimmen.

Zum Schluss meiner Bemerkungen möchte ich noch folgende praktische Vorschläge unterbreiten:

Um die theoretischen Ansätze linke Wipo auf ihre Praxistauglichkeit zu prüfen sollten die AG, gemeinsam mit einem Medienpartner – nd z.B., der Rosa-Luxemburg Stiftung und Vertretern von Verbänden eine öffentliche Diskussionsreihe zu den wirtschaftspolitischen Themen ins Leben rufen, um mit Bürgern, Selbstständigen, kleinen Unternehmern oder auch großen Firmen ins Gespräch zu kommen, ausloten wo wir Akzeptanz entwickeln, anhören was andere dazu für Meinungen haben.

Als OWUS würden wir gerne Maßnahmen der Partei unterstützen, die es ermöglichen, gerade in Flächenländern wie Brandenburg oder Mecklenburg, mit den vorhandenen Wahlkreisbüros der Landtags- und Bundestagsabgeordneten, an die oftmals bestehenden Gewerbevereine oder Bürgervereine heranzutreten und mit ihnen gemeinsam drängende Probleme aufzunehmen und Lösungen zu beraten. Wir müssen wieder stärker raus aus unseren eigenen Zirkeln – nicht, weil uns die Probleme unbekannt wären, sondern weil wir den Menschen das Gefühl wiedergeben müssen, dass sie gehört und ernst genommen werden.

